

Politischer Jahresbericht

## Israel 2008



**Tel Aviv**

**Landesbüro Israel, 2008**

Von Jörn Böhme

März 2009

## **Inhalt**

**Israel**

**3**

## Israel

Die drei herausragenden Ereignisse, die die politische Entwicklung Israels im Jahr 2008 bestimmten, waren die Feiern zum 60-jährigen Bestehen des Staates, die Korruptionsvorwürfe gegen Ministerpräsident Olmert und die daraus folgende Entscheidung Neuwahlen anzusetzen sowie das Verhältnis zwischen Israel und dem Gazastreifen bzw. Hamas.

Die beiden ersten Entwicklungen verliefen zeitweilig parallel. Anfang Mai, als die **Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels ihren Höhepunkt erreichten**, wurden neue **Korruptionsvorwürfe gegen Ministerpräsident Olmert** öffentlich. Bislang ist in keinem der Fälle formal Anklage erhoben worden. Doch Olmert wurde inzwischen mehr als ein Dutzend Mal von der Polizei zu den unterschiedlichen Vorwürfen verhört.

Bis zum Juli 2008 hatte Olmert allem Druck, er solle zurücktreten, widerstanden. Doch dann gab er auf. Nicht nur der Koalitionspartner und große Teile der Presse, sondern auch Parteifreunde aus der eigenen Kadima-Partei hatten geäußert, Olmert sei als Ministerpräsident nicht mehr tragbar. Olmert erklärte, bei den Wahlen für den künftigen Vorsitz in der Partei Kadima nicht mehr antreten zu wollen.

Im September wurde die amtierende Außenministerin **Tzipi Livni** zur neuen Parteivorsitzenden von Kadima gewählt. Es gelang Livni jedoch nicht, eine tragfähige Regierungskoalition zu bilden. Der Versuch scheiterte vor allem an der ultraorthodoxen Partei Shas. Sie forderte eine Erhöhung des Kindergeldes, vor allem aber, Jerusalem dürfe nicht Gegenstand der israelisch-palästinensischen Verhandlungen werden. Livni erklärte, sie werde sich nicht erpressen lassen und so kam es schließlich zu den Neuwahlen, die eigentlich niemand wollte. Gleichzeitig blieb Ehud Olmert im Amt, da er keine Anstalten machte, zurückzutreten, um es Tzipi Livni zu ermöglichen, mit dem Bonus der amtierenden Ministerpräsidentin in den Wahlkampf zu gehen.

Ende 2008 sah es so aus, als könnte der Likud die Zahl seiner Mandate gegenüber der Wahl von 2006 nahezu verdreifachen, als würde Kadima in ihrer Stärke deutlich gestutzt werden und als würde die Arbeitspartei nahezu bedeutungslos. Die rechtsnationalistische Nationalreligiöse Partei hatte sich inzwischen in mehrere kleinere Parteien gespalten. Der Überraschungssieger bei den Wahlen 2006, die Rentnerpartei, spielte so gut wie keine Rolle mehr. Neben der Partei der Grünen hatte sich eine zweite grüne Partei gegründet, in der vor allem UmweltaktivistInnen eine führende Rolle spielen. Dieses „Green Movement“ schloss sich mit der einzigen nicht-nationalistischen bzw. nicht-

ultraorthodoxen religiösen Partei Meimad zu einer Listenverbindung zusammen. Diese Partei verfügte über einen Abgeordneten, der bisher in einer Fraktionsgemeinschaft mit der Arbeitspartei verbunden war, die er jedoch verlassen hatte.

Nach **Beginn des Gaza-Krieges am 27.12.2008** begann sich neben der Entwicklung der Entpolitisierung der israelischen Öffentlichkeit eine zweite Entwicklung anzubahnen: eine Politisierung in eine rechtsnationalistische, anti-palästinensische und anti-arabische Richtung.

Die Hintergründe dafür sind im Jahr 2008 in der fortgesetzten Eskalation zwischen der den Gazastreifen beherrschenden Hamas und Israel zu suchen. Der Beschuss des israelischen Kernlandes aus dem Gazastreifen heraus meist mit Qassam, zuweilen aber auch mit weitreichenden Raketen, war besonders im Februar/März sehr intensiv. Gleichzeitig dauerte die israelische Blockade des Gazastreifens an. Im Laufe des Frühjahrs fanden indirekte Verhandlungen zwischen Israel und Hamas unter ägyptischer Vermittlung statt. Diese führten zu einem Waffenstillstand, der zwar brüchig war, aber insgesamt dem israelischen Süden die seit Jahren ruhigste Periode brachte.

Ende Dezember 2008 trat dann das ein, was zahlreiche Beobachter vorausgesagt hatten: die nächste Runde der bewaffneten Auseinandersetzung, auf die sich beide Seiten seit langem vorbereitet hatten.

Die **israelisch-syrischen „Beziehungen“**, die noch 2007 von vielfältigen Spekulationen über einen Krieg geprägt waren nahmen 2008 auf diplomatischer Ebene Fahrt auf. Die israelische Regierung gab Ende Mai 2008 bekannt, dass es **indirekte Gespräche zwischen israelischen und syrischen Vertretern unter Vermittlung der Türkei** geben würde. Die Türkei drängte darauf, dass die Verhandlungen in direkte Verhandlungen übergehen. Die syrische Seite besteht aber auf einer Beteiligung der USA.

Die **Entwicklung im Libanon** wird in Israel mit Sorge beobachtet. Das betrifft vor allem den politischen Machtgewinn der islamistischen Hizbollah. Der Gefangenenaustausch mit der Hizbollah Mitte Juli 2008 wurde zwar schließlich von der Mehrheit der Israelis befürwortet, trotz der Freilassung von *Samir Kuntar*, der in großem Konsens als ein abscheulicher Verbrecher gilt. Mit Sorge wird auch die militärische **Wiederaufrüstung der Hizbollah** gesehen. Inzwischen soll Hizbollah über mehr Raketen verfügen als zu Beginn des zweiten Libanon-Krieges. Nach dem zweiten Libanon-Krieg wurde vielfach die Auffassung vertreten, Israels **Abschreckungsfähigkeit** sei durch den Verlauf des Krieges beschädigt worden. Inzwischen wird von Think Tanks und von Journalisten darauf verwiesen,

dass in dem Krieg von Israel gegen den Libanon die fünfzigfache Feuerkraft dessen geschossen wurde, was Hizbollah gegen Israel schoss. Damit sei die Botschaft gesendet worden, beim nächsten Mal müsse Hizbollah mit einer ähnlichen Vorgehensweise rechnen.

Die **Arabische Liga** hat auch bei ihrem Gipfeltreffen im März 2008 ihre Friedensinitiative bestätigt, die Israel eine Normalisierung der Beziehungen anbietet, wenn es sich aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht. Linke Kritiker und Kritikerinnen der israelischen Regierung und von Ministerpräsident *Olmert* sehen einen großen Fehler darin, dass die israelische Regierung diese Friedensinitiative nicht wirklich positiv aufgegriffen hat.

Der **Iran** bzw. der Versuch des iranischen Regimes die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu erlangen, ist ein Dauerthema des israelischen Diskurses. Lediglich die Intensität, mit der das Thema verhandelt wird, variiert. Dabei besteht weitgehend Konsens, dass ein Iran, der Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen hat, für Israel nicht akzeptabel ist. Viele halten den iranischen Präsidenten, wenn nicht gar das gesamte Regime für aktuell oder potentiell irrationale Akteure. Sowohl für die Mehrheit der jüdischen wie für die Mehrheit der arabischen Israelis steht die Furcht vor einem Iran mit Nuklearwaffen an erster Stelle ihrer Zukunftsängste. Der im Dezember 2007 veröffentlichte Bericht der US-Geheimdienste hat im israelischen Diskurs an der Einschätzung der Bedrohlichkeit des Iran nichts verändert. Es gibt auch die Befürchtung, ein nuklearisierter Iran werde ungehindert über seine Stellvertretergruppen in der Region wie Hizbollah und Hamas in die bestehenden Konflikte eingreifen.

Von Seiten der USA wurden israelischen Überlegungen zu einem Militärschlag gegen den Iran offensichtlich noch unter der Bush Administration eine Absage erteilt.

Seit der Annapolis-Konferenz im November 2007 finden **regelmäßige Treffen zwischen dem palästinensischen Präsident Abbas und Ministerpräsident Olmert** und regelmäßige Konsultationen zwischen den beiden Verhandlungsteams statt. Trotzdem immer wieder die Rede davon war, dass die Verhandlungsteams die grundsätzlichen Themen aufgegriffen hätten und intensiv daran arbeiten würden, haben die Verhandlungen zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt.

Auf israelischer Seite ging der Prozess des Siedlungsausbaus weiter. Die israelische Regierung hat trotz zahlreicher gegenteiliger Versprechungen keinen einzigen der selbst nach israelischem Gesetz und nicht nur nach internationalem Völkerrecht illegalen Außenposten geräumt. Ebenso wenig wurden die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für die Palästinenser in der Westbank durch die Hunderte von Straßensperren und Blockaden gelockert.

Die entsprechende **Kritik an der israelischen Regierung** und speziell an Ministerpräsident *Olmert* lautet in diesem Zusammenhang: sie reden wie (die linksliberale Partei) Meretz und machen eine Politik wie Likud.

Das angespannte und nach der Machtübernahme durch die Hamas im Gazastreifen im Juni 2007 zerrüttete **Verhältnis zwischen Fatah und Hamas** hat sich nicht nennenswert verbessert. Zwar gibt es immer wieder Stimmen, die die Notwendigkeit neuer Verhandlungen zwischen beiden Seiten fordern oder betonen. Ob es jedoch dazu kommen wird, oder eher zu neuen Konfrontationen, ist offen.

Die Schärfe des israelisch-palästinensischen Konfliktes zeigt sich nicht zum ersten Mal besonders in **Jerusalem**. 2008 gab es dort drei Anschläge, gegen die sich alle bislang probierten Gegenmaßnahmen als wirkungslos erwiesen.

Mit dem Bau der **Mauer** – in Jerusalem handelt es sich tatsächlich fast ausschließlich um eine solche – werden nicht Israelis von Palästinensern und Palästinenserinnen getrennt, sondern Palästinenser und Palästinenserinnen, die in der Stadt Jerusalem leben, von solchen, die in der Westbank leben. Insgesamt werden so über 150.000 Palästinenser und Palästinenserinnen auf die israelische Seite „geholt“. In den Jahren der zweiten Intifada herrschte die Meinung vor, den Ost-Jerusalemern und Palästinenserinnen gehe es vergleichsweise viel besser, als denjenigen in der Westbank. Die Gefahr eines Attentäters aus Ost-Jerusalem wurde als gering eingeschätzt. Diese Lesart der Realität war schon damals fragwürdig und wird durch die Attentate im Jahr 2008 widerlegt.

Die Situation **Israels im internationalen Kontext** erscheint ambivalent. Zum einen gibt es viele Glückwünsche und zahlreiche Festakte zum **60. Jahrestag der Staatsgründung** verbunden mit der Würdigung der zahlreichen Errungenschaften des Staates. Zahlreiche Regierungsdelegationen besuchten Israel. Doch diese Bejahung des Staates Israel, zumal wenn sie kritische Fragen zur israelischen Politik gegenüber der palästinensischen Seite ausspart, repräsentiert nicht unbedingt die Haltungen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften (z.B. Deutschland und Italien) und nicht einmal den Haltungen im eigenen Regierungsapparat (Frankreich).

Dass auch innerhalb der Gesellschaften der Europäischen Union und auch der USA deutliche Israelkritische bis anti-israelische Unterströmungen vorhanden sind, wurde nach Beginn des Gaza-Krieges deutlich. Gleichzeitig wurde deutlich, wie stark der israelisch-palästinensische Konflikt auch außerhalb von der unmittelbaren Konfliktzone polarisierend wirkt. In Deutschland etwa gab es zwischen „pro-israelischen“ Demonstrationen, bei denen mit israelischen Fahnen das israelische Vorgehen im

Gazastreifen ausschließlich gerechtfertigt wurde und den oben erwähnten „pro-palästinensischen“ Demonstrationen keine Kundgebungen mit differenzierenden Standpunkten.